

## Protokoll - „Runder Tisch Medienbildung“ - Hearing

Zeit: 24.10.2017, 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Ort: Senatskanzlei Berlin - Rotes Rathaus, Raum 219

Teilnehmende: Siehe Teilnehmerliste (Anlage 1)

Die Regierungsparteien haben in der Koalitionsvereinbarung vereinbart, unter Leitung des Senats und zum Austausch mit öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren einen „Runden Tisch Medienbildung“ zum Umgang mit digitalen Medien in der schulischen und außerschulischen Bildung einzurichten. Als Auftakt des Runden Tisches ist unter Koordinierung der Senatskanzlei ein Hearing im Roten Rathaus durchgeführt worden.

1. Begrüßung durch Chef der Senatskanzlei Björn Böhning sowie StS B Mark Rackles
2. Kurze Selbst-Vorstellungsrunde der Teilnehmer
3. Präsentation der mabb-Aktivitäten im Bereich der Medienkompetenz (Anlage 2)
4. Präsentation der aktuellen Maßnahmen im Bereich der Medienkompetenz der SenBildJugFam (Anlage 3)
5. Statements der Teilnehmer

### *Hr. Schmidt*

Herr Schmidt berichtet, dass die Verwendung von Smartphones bei immer jüngeren Kindern zur Anwendung kommt und damit die Mediensozialisation schon in der Grundschule von Bedeutung ist.

Sein Verein bietet Fortbildung im Bereich der Medienbildung für Horterzieherinnen und -erzieher an, hier wäre die Einbeziehung der Lehrkräfte seiner Meinung nach sinnvoll.

Coading-Hubs sollten auch in der Jugendarbeit verortet sein, z. B. in der Medienkompetenzbildung.

Bei Start-Ups aus dem Bereich der Bildung fehlen eine Zertifizierung und eine Facheignungsprüfung.

Bei dem Qualitätssiegel „Exzellente digitale Schule“ wird eine Vernetzung von Jugend und Schule gewünscht.

Herr Schmidt fordert Medienbildung „größer zu denken“ mit Bürgerbeteiligung, Ausbau des Breitbands und eine engere Kooperation von Schule und Medienkompetenzzentren.

### *Hr. Hüppe*

Herr Hüppe beklagt, dass der gemeinsame Rahmen auf struktureller Ebene von Jugend und Bildung fehlt. Ebenfalls fordert er einen Budgetwechsel von äußeren zur inneren Schulangelegenheiten von IT. Ein ordnungspolitischer Rahmen fehlt im Bereich des Datenschutzes. Zurzeit sind Schulleiter für den Datenschutz in der Schule verantwortlich. Er sieht Handlungsbedarf im finanziellen Bereich der Infrastruktur und fordert die Lernmittelfreiheit auf Endgeräte zu übertragen. Der technische Rahmen für die Umsetzung der Medienbildung in der Schule ist bisher ungeklärt, es fehlt eine Interoperabilitätsstrategie mit einem Identitätsmanagement. Im Dialog mit der Wirtschaft sollten Standards geschaffen werden, wobei er die Verantwortung für die Schaffung der Infrastruktur auf Bundesebene sieht.

Herr Hüppe sieht die Medienbildung als gesamtgesellschaftlich relevant und fordert die Umsetzung von dezentralen Konzepten unter Einbeziehung von Wirtschaft und Industrie auch im Rahmen von Weiterbildung von Lehrkräften.

Die Digitalisierung nimmt ebenfalls im privaten Bereich stark zu und gehört, seiner Meinung nach, mit hoher Priorität auf die politische Agenda.

#### *Hr. Gabler*

Herr Gabler fordert das Prinzip der Freiwilligkeit auch im Bereich der Medienbildung als hohes Gut noch weiter zu beachten. Medienbildung sollte prozessorientiertes Lernen mit einem hohen Vernetzungsgrad und einer hohen Methodenvielfalt ermöglichen. Zurzeit sind zu wenige Ressourcen mit einer zu geringen Personalausstattung vorhanden. Er bemängelt die ungenügende mediale Ausbildung der Lehrenden und die Orientierung der Schulen an Unterrichtsstunden und präferiert Workshops, bzw. Projektstage. Die derzeitige Medienbildung wird seiner Meinung nach geprägt von Improvisation und einer Art „durchwursteln“. Er bemängelt die mangelnde Zusammenarbeit und das unabgestimmte Handeln. Herr Gabler sieht die Wirtschaft als Gefahr, dass die Digitalisierung des Bildungssystems an den Anforderungen der Wirtschaft ausgerichtet und damit zu einer „verzweckten“ Bildung wird. Er fordert die Mitbestimmung, durch Kreativität, Kollaboration und kritisches Denken, zu fördern. Ziel sollte sein, dass Medienbildung als fester Bestandteil des Lernens in einem Prozess wahrgenommen wird.

Er fordert ein Landesprogramm Medienbildung mit einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Berlin, den Bildungsträgern und mabb als Basis. Herr Gabler fordert weiter verbindliche regionale Kooperation zwischen Schulen und Medienkompetenzzentren mit einer finanziellen Unterstützung. Die Medienkompetenzzentren benötigen eine bessere technische Ausstattung.

#### *Hr. Seitz*

Herr Seitz sagt der Begriff der „Digitalisierung der Bildung“ ist falsch, es handelt sich um eine „Digitalisierung der Gesellschaft“. Er fordert die Umsetzung der Open-Prinzipien. Die Strukturen sollten stark dezentralisiert und nah am Lebensbereich von Jugendlichen verstärkt werden. Insgesamt ist zu wenig Personal vorhanden und die Ausstattung von Medienkompetenzzentren zu gering. So sind Offline-Angebote aufgrund von schwachem Internet zu weit weg von Jugendlichen. Er fordert daher freie Internetzugänge sowie eine Qualifizierung und Einrichtung von Orten des Austauschs. Herr Seitz sieht Medienbildung als Demokratiebildung. Er wünscht den „Runden Tisch Medienbildung“ offener zu gestalten und mehr Diversität zuzulassen. Herr Seitz fordert weiterhin das Kooperationsverbot fallenzulassen.

#### *Hr. Dr. Bröckling*

Herr Dr. Bröckling fordert Kriterien für die Qualität von Medienbildung zu schaffen, um Schulen eindeutig beraten zu können und die Einrichtung einer Zwischeninstanz, die entsprechende Angebote vermittelt. Netzwerke von Schule und außerschulischen Partnern sollten begleitet werden. Im „Runden Tisch Medienbildung“ fehlen, seiner Meinung nach, der Hochschulbereich, Gewerkschaften und weitere Verbände.

#### *Hr. Schlüter*

Nach Herrn Schlüter wird der Alltag von großen Konzernen digitalisiert und die Gesellschaft setzt sich damit zu wenig auseinander. Wichtig ist das Verständnis der Fragen:

Was passiert im Hintergrund mit Daten? Wie funktioniert das Internet?

Wir gestalten die Digitalisierung und damit können wir sie auch verändern. Die sog. Digital-Natives können Endgeräte bedienen, verstehen sie aber nicht. Er fordert die digitale Mündigkeit, die darüber hinausgeht. Es fehlen bisher die Konzepte und entsprechende Lehrerfortbildungen.

#### *Hr. Förster*

Herr Förster berichtet davon, dass bereits in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich ein „Runder Tisch Medienbildung“ umgesetzt wurde und schlägt vor, Vertreter aus diesen Ländern einzuladen. Aus seiner Sicht fehlen im „Runden Tisch Medienbildung“ Vertreter der Staatsanwalt-

schaft und Wirtschaft. Die Finanzierung der Landesmedienanstalten ist seiner Meinung nach problematisch und könnte z. B. über einen Rundfunkbeitrag erfolgen.

*Hr. Rackles*

Beim „Runden Tisch Medienbildung“ sollte es nicht nur um schulische Medienbildung gehen, sondern auch um die Stärkung des Medienverständnisses in allen Bereichen der Bildung. Dabei sind nicht nur digitale Medien, sondern auch analoge Medien zu berücksichtigen. Er beschreibt folgende Handlungsfelder:

1. Schaffung einer Schnittstelle von Jugend und Schule
2. Innere und äußere Schulangelegenheiten:  
Bezirke sollten einbezogen, wobei eine Varianz durch Dezentralität der Ansätze zuzulassen ist (bei der Ausstattung der Schulen sollten allerdings einheitliche Standards gelten)
3. Rahmen für die Umsetzung:
  - Schaffung von E-Mailkommunikation
  - Einhalten von Datenschutz
  - Urheberrecht
4. Fortbildung von Lehrkräften im Bereich: Datenschutz
5. Finanzierung:  
Schaffung von Verlässlichkeit
6. Identitätsmanagement:  
Lösung des Datenschutz gem. europäischer Datenschutzverordnung
7. Schaffung von Interoperabilität:  
Open-Source-Ansätze forcieren und flexibler reagieren

Es wird der Vorschlag aufgenommen, dass Datenschutzbeauftragte zum „Runden Tisch Medienbildung“ eingeladen werden. Herr Rackles sieht die Medienbildung auch als Schnittstelle zur politischen Bildung, sodass die Landeszentrale für politische Bildung punktuell einbezogen werden könnte. Die Bibliotheken haben ebenfalls ihren Wunsch geäußert, zum „Runden Tisch Medienbildung“ eingeladen zu werden.

Ziel des „Runden Tisches Medienbildung“ sollte ein Basisdokument werden, welches eine Rahmenvereinbarung, ein Landeskonzept oder eine Kooperationsvereinbarung enthält.

Herr Rackles schlägt vor, in Fragen der Zusammensetzung des „Runden Tisch Medienbildung“ (Bibliotheken, Hochschulen (Forschung, Ausbildung), Arbeitswelt (IHK, DGB), Datenschutz) thematisch zum „Runden Tisch Medienbildung“ einzuladen.

Das Thema Inklusion sollte als Querschnittsthema der Medienbildung einbezogen werden.

Über die Organisation des Runden Tisches Medienbildung sprechen sich StS B Herr Rackles und CdS Herr Böhning intern ab.